

Bezugspreise:
In Halle monatlich bei vorzeitiger
Kassa um 27.50 Pf., vierteljährlich
72.50 Pf., einschließlich des monatl.
2.25 Pf., wie selbsteil, 24.75 Pf. u.
s. w. 24. Belegungsgebühr. Be-
legungen werden von allen Anzei-
genbesitzern angenommen. Im
amtlich. Zeitungsergebnis unter
einer Zeitung eingetragen. Für
unverlangt eingegangene Monats-
preise und keine Gewähr über-
nehmen. Nachdruck nur mit der
Erlaubnis der Redaktion. Halle, den
1. März 1921. Nr. 1133
u. 1135. des Bezugsvertrags Nr. 1133

Morgen-Ausgabe.

Neue Zeitung

Jahrgang 1921

Halle, Mittwoch, den 26. Januar 1921.

Anzeigepreise:
Die halbe Zeile 34 mm breiter Mi-
nutenzeile oder deren Raum 60 Pf.,
Sonnentage 40 Pf., Resttagen
die 22 mm breite Minutenzeile
2.50 Pf. Resttagen nach dem an-
deren Bescheid. Halle, den 1. März
1921. Nr. 1133. des Bezugsvertrags
Nr. 1133.

Nr. 41.

Einzelpreis 20 Pf.

Demokratie und Preußenwahlen.

Im Hinblick auf die kommenden Wahlen zum ersten preußischen Landtag stellt der demokratische Parteienbund der westlichen Provinz Berlins als Einleitung des Wahlkampfes für Sonntag 11. Sonntag vorab eine schriftliche Redeversammlung ab. Der Schöpfer der Redeversammlung, Reichsminister a. D., Frau. Frau, hielt folgende Rede:

„Was wir zu wünschen haben, ist weit weniger die Macht der Gegner als die Gleichzeitigkeit einer neuen eigenen Aushängerei. Der Reichstag hat die Wahlen nicht nur darauf ab, die Agitation und Unruhe zum Dauerzustand zu machen. Höchst merkwürdig dagegen ist das Verhalten der Parteien. Sie hat doch sonst nie solchen Wert auf die Ausprägung des Volkswillens gelegt. Die Wiedererrichtung der Monarchie haben sie auf ihre eigene Verantwortung, aber im Vertrauen lagen sie. Gott behüte uns davon! Das Ziel ihrer Agitation ist in Wahrheit ein rein negatives: die Befreiung und Konstitutionierung der jetzigen Staatsordnung zu verhindern. Dagegen sind wir nicht zu sagen, ist unsere patriotische Pflicht. Es ist nicht die Pflicht der jetzigen Demokratie, sondern die Pflicht der jetzigen Demokratie, die sie zu realisieren wollen, um zu beweisen, daß sie recht haben. Dabei gehen sie die Erfüllung ab. Wir heißen auf die Zukunft und überlassen die Verantwortung für die Gegenwart denen, die sie vorüber haben.“ Was wäre geworden, wenn die demokratischen Parteien 1918 nicht die Grundgesetze des Reiches hätten? Das hätte die Kräfte der Demokratie gekostet. Das hätten die Kräfte des Reiches gekostet. Das hätten wir den demokratischen Parteien zu danken.

„Ich muß jetzt auf die Preußenfrage eingehen, in der ich als der Vertreter der Preußen zu sprechen bin. Als das Deutsche Reich unter preußischer Hegemonie zusammenbrach, machte sich überall die feindselige Stimmung breit. „Recht ist nur dem, was die Feinde des Reiches sind.“ Das hätte die Kräfte der Demokratie gekostet. Das hätten die Kräfte des Reiches gekostet. Das hätten wir den demokratischen Parteien zu danken.

„Soll nun die Koalitionsmehrheit auch in Preußen durch die Verhältnisse vernichtet werden? Hat uns die Demokratie die Verantwortung nicht schon zu groß gemacht? Nein, die Stellung der Sozialdemokratie ist jetzt sehr viel besser als früher, da sie die Regierung in ihrem Willen zu unterstützen bereit ist. Aber wer ist der Demokratie einzufließen, der soll ihn nicht zu hinterherheraus ausüben, sondern offen unter eigener Verantwortung. Eine Partei muß jederzeit bereit sein, für die Ausführung ihrer Versprechungen die Verantwortung zu übernehmen. Einer Partei, die nur mit Repressiven Spielzeugen will, die die Rechteparteien, geht das Staatsbewußtsein ab. Wir müssen die Politik der Mitte anders machen als früher die Nationalisten. Da nun die Koalition nicht einwandlos als Mittelstufen hat wie eine die Nationalisten, so wird nichts gefährlicher als ein Aufbruch nach rechts. Dieser Aufbruch würde mit dem Heranziehen der Nationalisten zur Regierung enden, und das wäre das Ende der deutschen Demokratie, der deutschen Republik und der deutschen Einheit.“

Die Pariser Konferenz.

Wie „Matin“ zu der gestrigen Sitzung der Konferenz mitteilt, kann man voraussetzen, daß die englische Regierung nicht abgesehen ist, den Einwohnern zu wehren, namentlich denen von Ostpreußen eine Teil von mehreren Monaten zu bewilligen, die Frankreich für Westpreußen hätte. Der letzte deutsche Bericht, der angeführt wird, enthält die wichtigsten Angaben des Alltagszustandes in Ostpreußen, welche aus Frankreichs Verbindungen, insbesondere auf England einzuwirken gemacht zu haben. „Es hat Paris“ heißt es, daß man sich gegen über die Entwaldungsfrage nicht verständigt habe. Was für ein es habe als letzten Schritt für die Ausführung der 1. März vorgeschlagen. Nach diesem Punkte hat zwischen England und England George nachmittags eine private Unterredung stattgefunden, von der man sagen kann, daß die beiden Männer nicht gleicher Meinung gewesen seien. Lord George teilte dem Staatspräsidenten, daß Deutschland bis jetzt bezüglich der Entwaldung keine Verpflichtungen an sich hat, und daß Deutschland sich von nun an verpflichtet, einen ersten Schritt gegen die Alliierten zu unternehmen. Die 1. März vorgeschlagen. Nach diesem Punkte hat zwischen England und England George nachmittags eine private Unterredung stattgefunden, von der man sagen kann, daß die beiden Männer nicht gleicher Meinung gewesen seien. Lord George teilte dem Staatspräsidenten, daß Deutschland bis jetzt bezüglich der Entwaldung keine Verpflichtungen an sich hat, und daß Deutschland sich von nun an verpflichtet, einen ersten Schritt gegen die Alliierten zu unternehmen.

„Es ist nicht besser, nach den Erfahrungen von Spa die Deutschen zur Konferenz nach Paris zu befragen, denn dann wäre man besser zwischen dem Willigen und dem Unwilligen einzufließen. Dieser Standpunkt wurde von England energisch abgelehnt. Der britische Minister für auswärtige Angelegenheiten hat sich mit Vorbehalt dem englischen Standpunkt angeschlossen. Wie Berlin in „Es hat Paris“ mitteilt, hat Ministerpräsident Briand bezüglich der Wiedererrichtung der Monarchie die Ansicht geäußert, man solle vorerst zwei oder drei Jahreszahlungen der deutschen Verpflichtungen festsetzen.“

Der Völkerbund.

Im französischen Senatsauschuss für auswärtige Angelegenheiten vertrat sich Léon Bourgeois über das Ziel des Völkerbundes, der immer größere Energie gebe und einen unbestätigten Einfluß ausübe. Die Regierung werde dem Senat einen Vorschlag über die Bildung eines internationalen Gerichtshofes vorlegen, an dessen Entscheidung die beteiligten Staaten mitgewirkt hätten. Der Gerichtshof des Völkerbundes wird nicht der Hauptgerichtshof sein, sondern als Schlichter dienen.

Deutschlands Aufnahme in den Völkerbund.

In seiner letzten Rede hat sich der japanische Minister des Auswärtigen Graf Goto über die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund folgendermaßen geäußert: Wenn wir zuerst die Hoffnung auf Ausland ausgeben müssen, das sich noch in ähnlichen Verhältnissen befindet, so ist es nicht zu hoffen, daß Deutschland, da seine Willigkeit zur Erfüllung der internationalen Verpflichtungen insbesondere der im Friedensvertrag allgemein anerkannt wird, binnen kurzem aufgenommen werden kann.

Bürgeramt und Wohnungsluxussteuer.

Der Bürgeramt von Groß-Berlin hat sich mit dem in der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Entwurf der Wohnungsluxussteuer beschäftigt. Der Entwurf der Wohnungsluxussteuer ist in der Stadtverordnetenversammlung folgende Entschiedenheit zu unterstützen:

„Der Bürgeramt von Groß-Berlin stellt auf dem Standpunkt, daß angesichts der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage die Besteuerung eines jeden Bürger als dienlich ist. Der der Stadtverordnetenversammlung vorliegende Entwurf einer Wohnungsluxussteuer entspricht nicht dieser Auffassung, nur in seiner Überstimmtheit, die offenbar darauf berechnet ist, die Stimmung für Annahme auszulösen. Einer gründlichen Durchsicht und hält dieser Entwurf nicht stand. Er erweist sich als wirtschaftlich bedenklich, er ist geeignet, die wirtschaftlichen Interessen des Mittelstandes auf das schwerste zu schädigen und nicht insbesondere stark Bedenken hinsichtlich der Tragfähigkeit. Die Steuer wird weiterhin in ihrer Durchführung nur in ihrem Ertrage werden. Der Entwurf kennzeichnet sich als nicht genügend durchdachte Arbeit, die einleuchtend im Grundgedanken des Entwurfs enthielt noch ein anderer Durchsicht und Überarbeitung bedarf. Der Bürgeramt von Groß-Berlin protestiert daher gegen eine Durchsicht in der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung und fordert Rückweisung der Vorlage an den Ausschuss zwecks nochmaliger Durchberatung.“

Das Auswärtige Amt vor dem Hauptauschuss.

Wenngleich es sich noch den Berücksichtigungen der Dokumenten zum Kriegsausbruch herausgestellt hat, daß viele Vorwürfe, die gegen unsere diplomatische Vertretung im Ausland erhoben worden sind, unbegründet waren, so ist eine Reform des Auswärtigen Amtes oder wie es jetzt heißt des Ministeriums des Auswärtigen unbedingt erforderlich. Bei der gestrigen Sitzung des Haushaltsausschusses wurden die zwei wesentlichen Änderungen besprochen, die der jetzt an seiner Stellung gebliebene Ministerdirektor Schuler eingetragt hat, und die ihm viele Bemerkungen entgegengebracht wurden, nämlich die Vermischung diplomatischer und finanzieller Aufgaben und das Regionalismus, d. h. die Einteilung der Degernate nach Ländern und der Aufhebung der Trennung zwischen wirtschaftlichen und politischen Fragen. Der Demokrat Hauptmann befürchtete von dem Regionalismus eine zu starke Belastung der Referenten. Der Minister teilte die Befürchtung nicht. Das starke Anwachsen der Beamtenschaft sei durch die Steigerung der Aufgaben, insbesondere durch den Friedensvertrag nötig geworden. Die Zusammenlegung des konsularischen und diplomatischen Dienstes läßt sich nicht überwinden werden. Der deutschnationale Abg. Hüßch und der völkerverfeindliche Abgeordnete, früherer Geliebter von Kemnitz (der geistliche Vater der Entwaldung von Kaukasien) wendeten sich gegen die Entwaldung von Kaukasien auf diplomatische Kosten, weil ihnen die nötige politische Schulung fehle. Grundrichtig wichtige Ausführungen machten die Demokraten Hauptmann und Dr. Haas. Hauptmann führte aus, daß die Lage Deutschlands in den nächsten Jahren so schwierig sein würde, daß nur die besten und tüchtigsten Kräfte herangezogen werden können. Das Programm des Ministers in dieser Beziehung sei zu billigen. Er wies bei dieser Gelegenheit auf die französische Kulturpropaganda hin; auch wir müssen eine solche betreiben, aber

unter sorgfältiger Betrachtung aller in Betracht kommenden Faktoren. Auf die Erziehung einer einheitlichen Politik ist hinzuwirken. Dr. Haas meinte, daß eine starke Zentralität vor allem notwendig sei. Auf die Ausübung der Beamten komme alles an. Sie müssen politisch bewußt sein. Seine Theorie für den Hauptamt, Berlin, die von Autoritäten einer Schicht bekommen und für Selbstbestimmungen sein Verständnis haben, werden nicht richtig arbeiten können. Unsere Vertreter im Ausland müssen Staatsbewußtsein haben. Wenn der Staat eine Republik ist, dient es dem Ansehen nicht, wenn der auswärtige Vertreter diese Staatsform kritisiert oder abfällige Bemerkungen über sie macht. Zum Schluß betonte der Minister, daß der Posten des Völkerbundes nicht wieder befehligt ist, daß die noch nicht befehligen Auslandsstellen in Kürze befehligt werden würden, und teilte endlich mit, daß Deutschland der Bezeichnung der Bezeichnung auf die Bezeichnung der Bezeichnung für die nächsten Jahre unter den bekannten Voraussetzungen und Vorbehalten angeschlossen habe. Der Minister machte Johann längere Ausführungen über den Gang der Verhandlungen in und nach Brüssel sowie über die aus dem Friedensvertrag sich ergebenden Fragen und sprach zum Schluß die Hoffnung aus, daß es gelingen möge, den Interessen Deutschlands Geltung zu verschaffen.

Das Eingeständnis der Kommunisten.

Die Infolge der Verhandlungen und Beschlagnahmen im Reichstag (siehe Nr. 1133) auf Gründung einer Roten Armee sind zu eingeständ, daß die Kommunisten in ihren Vätern nicht wagen, die allgemeine Richtigkeit der behaupteten Mitteilungen zu bekräftigen. Damit ist zum mindesten Klarheit geworden. Es wird jetzt vor allem die Aufgabe der Behörden sein müssen, aus dem vorgelegenen Material festzustellen, ob es kommunistische Organisationen gibt und ob in den Händen der Kommunisten sich Waffen befinden. Die Dokumente ergeben auch, daß die kommunistischen Pläne darauf lauten, im Konfliktfälle sich in den Besitz der reaktionären Waffenlager zu setzen, über die sie offenbar genau unterrichtet sind. Daraus ergibt sich für die Behörden die Pflicht, umgehend die Ausschöpfung rechtsstaatlicher Maßnahmen zu beschleunigen. In dieser Hinsicht werden sich die Kommunisten für diese Waffen beschaffen. Nach dem Entwurfsantrag sind alle diejenigen, die noch über unangenehme Waffen verfügen, strafbar.

Ein Weißbuch der deutschen Regierung über die Brüsseler Sachverständigen-Konferenz.

Von der Reichsregierung wird (siehe Nr. 1133) in Form eines Weißbuchs eine „Sammlung von Aktenstücken über die Verhandlungen auf der Sachverständigen-Konferenz in Brüssel vom 16. bis 22. Dezember 1920“ herausgegeben. Das Weißbuch zerfällt in vier Teile: In der Einleitung wird eine allgemeine Übersicht über den Gang der Brüsseler Verhandlungen gegeben. Der erste Teil enthält die Namen sämtlicher Mitglieder der deutschen und alliierten Sachverständigen-Delegationen, der zweite Teil die unter Mitwirkung der deutschen Delegation ausgegebenen druckfertigen Sitzungsprotokolle, der dritte Teil das von den alliierten Delegationen von deutscher Seite übergebene Material zur allgemeinen Finanzlage des Reichs, zur Finanzlage der Betriebsverwaltungen und zur Frage der Abhebung der Defiziten im Ausgabebereich, während im vierten Teil die von den Alliierten schriftlich gestellten Fragen und die zugehörigen Antworten der deutschen Delegation zusammengefaßt sind.

Gegen die Bewirtschaftung des Baumarktes.

Der Verband vereinigter Baumaterialienhändler Deutschlands hielt in Goslar im „Hotel Atermann“ seine außerordentliche fünfzehnte Hauptversammlung ab. Besondere Interesse fand ein Vortrag des Senitors Dr. Schmidt über das Thema: „Die Gefahren, welche den Baumaterialienhandel bedrohen und die Mittel zur Abwehr“. Die Versammlung nahm einstimmig eine Resolution an, die „gegen die in neuerer Zeit in immer stärkerem Maße sich geltend machenden Beeinträchtigungen der Bewirtschaftung des Baumarktes und zur Ausschaltung des freien Unternehmertums, darunter des Handels“, entschieden Protest erhebt. Der im Verband vertretene Baustoffhandel werde nicht nur vor die ihm auferlegten großen wirtschaftlichen Aufgaben auf dem Gebiet der Bewirtschaftung und Verbindungen gestellt. Zweck der Bewirtschaftung der Bauwirtschaft und damit zur Hebung des gesamten Wirtschaftslebens darzuführen, er fordere aber sofortigen Aufbau aller Bauwirtschaft hemmenden Zwangsmaßnahmen im Wohnungswesen, insbesondere die Abkehr von dem zurzeit beherrschenden System, die Bewirtschaftung der Bauwirtschaft und die Bauwirtschaftliche Bewirtschaftung aller bewirtschaftenden Bauwirtschaftlichen Unternehmen, die Bewirtschaftung des privaten Unternehmertums und damit auch des Privatkapitals, seien in der Lage, dem Wohnungsmangel wirksam zu begegnen.

Ludenoff über die Bekämpfung des Volkswessismus.

Dr. Ludenoff, 26. Januar. Der Berliner Vertreter der „Bäcker Nachrichten“ wurde von General Ludenoff in seiner Villa in München zu einer längeren Rede empfangen. Der General führte über seine Stellung zum Volkswessismus und die durch den früheren Adjutanten des Kronprinzen, Arnold Reichberg, veröffentlichten Denkschrift folgendes aus: Die Veröffentlichung dieser Denkschrift ist ohne mein Wissen geschehen und ich bezweifle, daß es geschehen ist, umso mehr, da es

Kurs der Berliner Börse vom 25. Januar.

Die Rubrik von den Kursen der Aktien enthält den Kurs der Aktien der Berliner Börse. Die Rubrik der Rubrik enthält die Kurse der Aktien der Berliner Börse. Die Rubrik der Rubrik enthält die Kurse der Aktien der Berliner Börse.

Bankdiskont		Devisenkurse		Eisenbahn-Obligationen		Kleinbahn-Aktien		Industrie-Obligationen		Schiffahrts-Aktionen		Bank-Aktionen		Anleihen		Anleihen		Anleihen	
Währung	Kurs	Währung	Kurs	Währung	Kurs	Währung	Kurs	Währung	Kurs	Währung	Kurs	Währung	Kurs	Währung	Kurs	Währung	Kurs	Währung	Kurs
100 Reichsmark	100 Reichsmark	100 Reichsmark	100 Reichsmark	100 Reichsmark	100 Reichsmark	100 Reichsmark	100 Reichsmark	100 Reichsmark	100 Reichsmark	100 Reichsmark	100 Reichsmark	100 Reichsmark	100 Reichsmark	100 Reichsmark	100 Reichsmark				

Die Rubrik von den Kursen der Aktien enthält den Kurs der Aktien der Berliner Börse. Die Rubrik der Rubrik enthält die Kurse der Aktien der Berliner Börse. Die Rubrik der Rubrik enthält die Kurse der Aktien der Berliner Börse.